Beschluss WP12.2. Für Transparenz sorgen.

Gremium:	LDK
Beschlussdatum:	06.06.2021
Tagesordnungspunkt:	WP12. Wir gestalten die Zukunft mit soliden Finanzen!

Text

Der Umgang mit öffentlichen Mitteln muss klar, transparent und nachvollziehbar sein. Transparenz ist die Basis für demokratische Beteiligung und Kontrolle. Öffentliche Kontrolle der Haushaltspolitik durch Abgeordnete und Bürger*innen erfordert größtmögliche Offenheit und Verständlichkeit. Beratungen im Finanzausschuss des Landtages finden noch hinter verschlossenen Türen statt. Wir werden uns für öffentliche Beratungen des Finanzausschuss und anderer Landtagsausschüsse einsetzen.

Wir wollen die sozialen und ökologischen Auswirkungen der Ausgaben noch deutlicher sichtbar machen. Dies betrifft insbesondere Subventionen, Förderprogramme und Finanzhilfen. Das Ergebnis dieser Prüfung muss bei der Aufstellung des Landeshaushaltes einfließen. Förderprogramme, die diesen Zielen entgegenstehen, sind neu auszurichten.

Wir setzen uns für eine geschlechtergerechte Verteilung der Haushaltsmittel ein. Geeignete Instrumente sollen gewährleisten, dass durch den Einsatz der öffentlichen Mittel Lücken in der Gleichstellung geschlossen werden.

Zudem wollen wir mehr Transparenz zu den Vermögenswerten des Landes herstellen. Die Vermögensübersicht des Landes liefert hier nur ein sehr unzureichendes Bild. Sie sollte daher schnellstmöglich zur einer Vermögensrechnung weiter entwickelt werden, die die Entwicklung des Landesvermögens transparent darstellt.

Ein anschauliches Beispiel für Intransparenz bietet das Sondervermögen Strategiefonds des Landes. Insbesondere für die aus „Globalvolumen“ finanzierten Maßnahmen fehlt es offenkundig an Transparenz zu Zielen und Verfahren und vor allem einer strategischen Ausrichtung auf Zukunftsinvestitionen. Die Kleinst- und Einzelförderungen sollten besser über regionalisierte Fördertöpfe ausgereicht werden.

Für eine transparente Haushaltspolitik braucht es:

- öffentliche Beratungen im Finanzausschuss.
- eine nachvollziehbare Ausrichtung der öffentlichen Ausgaben an Klima- und Nachhaltigkeitszielen.
- eine geschlechtergerechte Verteilung der Haushaltsmittel.
- der Einführung einer Vermögensrechnung auf Landesebene, um das Landesvermögen transparent zu machen und das Bewusstsein für notwendige Investitionen und Instandsetzungen öffentlichen Eigentums zu stärken.
- einer Neuausrichtung des Strategiefonds, bei der das Globalvolumen zu Gunsten von Regionalbudgets abgeschafft wird.